

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßene Zeitspalte oder deren Raum 25 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 12.

Montag, den 15. Januar 1917.

24. Jahrg.

Zum Ausbau der Organisation für Ernährung.

Von Hermann Molkenbuhr.

Nicht immer sind sich die Menschen der Tragweite ihrer Handlungen bewußt. Man hat ein bestimmtes Ziel vor Augen. Das Ziel wird aber nicht erreicht. Statt dessen werden Wirkungen ausgelöst, die man selbst nicht beabsichtigt hat. Als man in England den Plan faßte, Deutschland auszuhebeln, hat man wohl nur damit gerechnet, die Zufuhr nach Deutschland abzuschneiden. Also Deutschland sollte die Nahrungsmittel, die es bisher aus dem Auslande bezogen hatte, nicht mehr haben. Das würde nach einfacher Auffassung zur Folge haben, daß Deutschland vom Verbrauch der Produkte des Weltmarktes ausgeschlossen würde und nun würden die übrigen Länder so viel mehr haben. Statt dessen sieht man, daß der Mangel sich in allen Ländern bemerkbar macht und die Lebensmittelpreise auf allen Märkten einseitig Jahrzehnten unbekannt hohe erreicht haben. Die Schläge, die England gegen Deutschland führen wollte, treffen die ganze kultivierte Welt.

Auf den Lebensmittelmärkten empfindet man die Auswirkungen des Weltkrieges schon allgemein. Seit halb drei Jahren stehen viele Millionen Männer auf den Schlachtfeldern, sie sind der Produktion entzogen und widmen ihre ganze Kraft der Zerstörung. Der Ausfall an Erzeugung von Lebensmitteln und der Mehrverbrauch durch die Heere ist erheblich größer, als die Mengen sind, die Deutschland sonst vom Auslande bezog. So wird der Mangel ein allgemeiner und man wird damit rechnen müssen, daß er mit dem Tage des Friedensschlusses nicht aufhört. Zahlrelanger angespannter Arbeit wird es bedürfen, um wieder sogenannte normale Verhältnisse zu schaffen.

Jeder Mangel an notwendigen Produkten wird vom Erzeuger dieser Produkte und von Händlern zur Bereicherung ausgenutzt. Hier zeigt sich der ganze Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaft. Die Jahre des Ueberflusses sind oft für die Produzenten die schlechtesten, während Jahre mit mäßigen Erträgen große Gewinne bringen.

Das kann man schon auf eng begrenzten Gebieten an einzelnen Produkten beobachten. Ein Beispiel möge hier beweisen, wie die Schwankungen vom Angebot auf die Preise für Schweine wirken. Ich greife aus den vielen Beispielen, die Preise für Schweine in Berlin heraus und führe die Zahlen der in Deutschland geschlachteten, beschauflüchtigen Schweine an und setze darunter den Preis für 1. Dezember Schlachtgewicht von 100—120 Kg. Die neben den absoluten Zahlen gegebenen Prozentzahlen geben + das Steigen, — das Fallen von 100 gegen das Vorjahr an:

	in Deutschland geschlachtete Schweine	Prozent	für 1. Dezember Schlachtgewicht in Berlin	Prozent
1908	16 508 488		120,10	
1909	15 573 171	— 5,7	138,—	+ 14,9
1910	16 335 471	+ 4,6	131,30	— 5,—
1911	18 616 434	+ 13,9	114,20	— 13,—
1912	18 217 356	+ 2,1	147,40	+ 29,—
1913	19 441 273	+ 6,3	146,30	— 0,7

Der Rückgang in der Zahl der Schweine wirkt stärker preissteigernd als die Vermehrung der Schlachtungen preislenkend wirkt. Dieses mag zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß bei der Vermehrung der Bevölkerung nur ein Teil des vergrößerten Angebots als Ueberfluß anzusehen ist, nämlich nur soweit als das verstärkte Angebot den Bevölkerungszuwachs übersteigt, während umgekehrt das verminderte Angebot stärker wirkt, weil bei sonst gleich bleibenden Verhältnissen die Nachfrage naturgemäß steigt. Zu welchen Preisen die ungehinderte sogenannte freie Konkurrenz führt, das haben wir während der Dauer des Krieges hinreichend erfahren. Selbst die begeisterten Anhänger der kapitalistischen Wirtschaft sind zu der Ansicht bekehrt, daß eingegriffen werden muß. Wobei sie in der Regel nur an die Preise der Produkte denken, die sie selbst kaufen müssen.

Was bisher geschehen ist durch die Anwendung des Gesetzes über die Höchstpreise, mit der öffentlichen Bewirtschaftung dieser Produkte, der Rationierung usw. darf nur als kleiner Anfang betrachtet werden. Die Verhältnisse drängen dazu, ein in allen Einzelheiten durchzuführendes System der Volksernährung zu schaffen, welches auch nach dem Friedensschluß fortzuführen ist. Gewiß haben die bisherigen Maßregeln oft harte und berechtigte Kritik erfahren. Sehr zahlreich sind die erlassenen Bestimmungen, die, wenn sie auch in den seltensten Fällen ihren Zweck voll erreichten, doch in den meisten wertvoll sind, als sie eine paragrafierte Anlagenschrift sind. Nur wo schreiende Mängel zutage traten, griff die Regierung ein. Dem Geschäftsschreiber werden die Bestimmungen ein wertvolles Material sein zur Schilderung der verschiedenen Zustände, unter denen das Volk während der Dauer des Krieges gelitten hat.

Schärfer als sonst tritt der Gegensatz zwischen Produzenten und Konsumenten hervor. Mancher Produzent klagt, daß ihm bitteres Unrecht geschieht. Er sagt, daß er ohne Eingriffe der Regierung noch weit größere Profite erlöhnt hätte. Nicht selten hört man in Produzententreffen auf pas-

siven Widerstand. Sie sagen, daß sie lieber von den bewirtschafteten Produkten, wie Getreide, Kartoffeln, Butter, Vieh usw. nur soviel erzeugen, als sie selbst gebrauchen, und lieber das erzeugen, was bisher von der öffentlichen Bewirtschaftung nicht erfasst ist. Ob und in welchem Umfang die öfter ausgesprochenen Drohungen durchgeführt werden, darf man nicht abwarten, sondern rechtzeitig muß man dafür sorgen, soviel zu produzieren, als irgend erzeugt werden kann. Gewissermaßen als sonst wissen wir, wie viel wir von den verschiedensten Erzeugnissen der Landwirtschaft gebrauchen. Dem Bedarf muß die Produktion angepasst werden. Es darf in den nächsten Jahren keine Handbreit Boden unbenutzt bleiben. Was nicht mit Wintersaat bestellt ist, muß jetzt für die Frühjahrsbekämpfung in Angriff genommen werden. Sagen die Grundbesitzer, daß es ihnen an Gespannen, Arbeitern, Saatgut oder Dünger fehlt, dann muß das Land durch öffentliche Organisationen bestellt werden. Zunächst sollte man sein Augenmerk auf alle vorhandenen landwirtschaftlichen Maschinen richten. Kein Dampfpflug, Drillmaschine, Dippelmaschine oder Pflanzmaschine darf nur einen Tag stillstehen, solange noch unbestellter Boden vorhanden ist. Hier könnten das Kriegssamt und das Kriegsernährungssamt zusammen wirken. So gut man durch das Gesetz betreffend den väterländischen Hilfsdienst die Arbeitskraft aller Männer zur Förderung des Gemeinwohls in Anspruch nimmt, kann man auch den Grund und Boden, die landwirtschaftlichen Maschinen usw. im Interesse der Volksernährung in Betrieb nehmen und sie dort verwenden, wo man den größten Erfolg in Aussicht hat. Auch muß das Militär mit seinen Gespannen und Mannschaften einspringen, denn Nahrungsmittel sind eine wirksame Waffe in dem Völkerringen.

Würden wir mit dem Friedensschluß die Kriegswirtschaft aufgeben, dann würde der Wucher mit voller Schärfe einsetzen. Denn der Mangel ist nicht beseitigt. Die Praktiken des Handels, die man jetzt als Kriegswucher und Kettenhandel bezeichnet, sind nicht erst durch den Krieg entstanden. Es sind allgemeine Erscheinungen des Handels, für die der Krieg allerdings den Boden geschaffen hat, auf dem sie mit besonderem Erfolg kultiviert werden können. Aber auch in Friedenszeiten werden die Waren nicht auf direktem Wege vom Produzenten oder Importeur zum Verbraucher gebracht. Das sieht man sofort, wenn man die Einfuhrstatistik mit der Verkehrsstatistik vergleicht. Es wurde z. B. 1913 in Deutschland an Kaffee, Tee und Kakao 220 000 Tonnen verbraucht, aber mit der Eisenbahn und Binnenschiffahrt wurden 408 000 Tonnen befördert. An Baumwolle verbrauchten wir 486 000 Tonnen, aber rund 1 486 000 Tonnen wurden per Eisenbahn oder Schiff befördert. Obwohl diese Waren oft ihren Besitzer wechseln, ohne von Lager entfernt zu werden, denn in den großen Lagerhäusern in Hamburg und Bremen lagern solche Waren oft längere Zeit und wechseln drei- bis viermal den Besitzer. An den transportierten Mengen sieht man, daß sie auch noch zwei- und mehrmal den Ort wechseln, bevor sie an den Verbraucher kommen. Je stärker das Bedürfnis nach einer Ware ist, um so intensiver wird sie zurückgehalten, weil sich immer noch Kaufleute finden, die einen Verbraucher kennen, der noch mehr anlegt.

Die heute bestehenden Kriegsgesellschaften müssen so

ausgebaut werden, daß sie möglichst alle Gegenstände des Massenverbrauchs fassen. Ferner müssen sie so organisiert werden, daß sie mit möglichst geringen Kosten die Waren vom Entstehungsorte oder dem Einfuhrplatz an den Verbraucher bringen. Die öffentliche Bewirtschaftung darf sich nicht auf den Handel beschränken. Die Kriegswirtschaft hat ja schon dahin geführt, in die Produktion einzugreifen. Mit staatlicher Unterstützung sind Strohstofffabriken, Strohmehl- und andere Futtermittelfabriken eingerichtet. Gemeinder-treiben Viehmast- und Milchproduktion. Sie werden darauf verwiesen, durch Lieferungsverträge mit Produzentenverbänden sich Nahrungsmittel zu sichern. Alle diese Mittel reichen aber nicht aus, um das zu erlangen, was gebraucht wird. Hier muß das Reich mit eingreifen. Es muß zunächst darauf drängen, daß von den wichtigsten Nahrungsmitteln, z. B. Kartoffeln, so viel angebaut werden, daß selbst bei mäßigen Erträgen die Ernte den Bedarf deckt.

Ebenso muß der Gemüsebau gesteigert werden. Hierbei ist dafür Sorge zu tragen, daß an den Plätzen, die weit von den Gebrauchszentren gelegen sind, Konservierungsanlagen geschaffen werden, in denen Gemüse für den Winterbedarf konserviert oder getrocknet wird. Jetzt muß energisch eingegriffen werden. Die Ausrede, daß man glaubt, es werde sich bei dem freien Spiel der Kräfte zur allgemeinen Zufriedenheit regeln, kann man nicht mehr anführen. Die Erfahrungen von drei Jahren reden eine zu deutliche Sprache. Gewiß durfte man nicht erwarten, daß die behördlichen Organisationen vom ersten Tage an meisterhaft wirtschafteten. Schon jeder Geschäftsmann muß beim Beginn eines Geschäftes, wie man sagt, Lehrgeld zahlen. Unmöglich wird man aber die Mängel der bisherigen Wirtschaft erkannt haben. Man darf sich nicht darauf beschränken, einen kraj zu Tage getretenen Mißstand zu bekämpfen, sondern muß den Mißständen vorbeugen. Das kann nur geschehen, wenn man mit den Organisationen näher an die Produktion heranrückt und auch dort eingreift, wenn man erkennt, daß voraussichtlich ein Mangel eintreten wird. Dann muß der stärkere Anbau erzwungen werden. Was kann es nicht von dem Beileber der Landwirte abhängig machen, ob die Bevölkerung im nächsten Winter etwas zu leiden hat oder verhungern muß. Das Mittel der höheren Preise ist kein Heilmittel. Man sollte dahin streben, daß die Landwirte bei jeder Art der Produktion den gleichen Gewinn haben, damit jener Stachel aufhört, daß der Profit größer wird, wenn menschliche Nahrungsmittel an Schweine verfüttert werden, daß aber auch das Schwein hungern muß, wenn eine Gans als Konkurrent auftritt. Nicht durch Verteuerung der menschlichen Nahrung ist es zu erreichen, sondern man muß den Schweine- und Gänseprets so festlegen, daß durch Verfütterung von Nahrungsmitteln kein Gewinn erzielt wird.

Vorläufig wird man damit rechnen müssen, daß die durch den Krieg geschaffene Nahrungsmittelknappheit in allen Ländern noch jahrelang nach dem Kriege andauern wird. Gemildert kann sie nur werden durch Ausbau der öffentlichen Organisationen, deren Aufgabe es ist, die Produktion und die Einfuhr zu steigern und die Preise in den Grenzen zu halten, daß sie auch von Kinderheimstätten bezahl werden können.

Die Antwort des Zehnverbandes.

Da die Entente-Antwort an den Präsidenten Wilson einzig dem Willen der Kriegsinteressenten der Ententeländer gehorcht hat, steht der Rubel nicht in Eritanen, der aus der Presse dieser Interessenten hallt. Sie begehren ihr eigenes Werk, und also kann man in dieser Stunde ihre Nähe meiden. Sie wollen den Bogen über das äußerste hinaus spannen, und so fällt nun ihnen die Verantwortung zu, daß ihr Bogenholz nicht in zwei Teile zerbricht vor ihre Knie fällt.

Wichtiger als ihr Geschrei sind heute die Stimmen, die über dem Wahnsinnsschrei der Gewalt die Besinnung nicht verloren haben. Diese Stimmen kommen vorweg aus neutralen Ländern, aber natürlich nicht aus ihnen allein. Auch die von der Kriegsrute unmittelbar betroffenen Völker haben bereits daran teil, und ihre Stimmen, das darf man vermuten, werden sich mehren. Ihre Bedeutung wird in Zukunft stärker noch sein als je bisher. Es wird sich zeigen, daß nicht die Note der Entente fortan die Stimmung der Welt beherrscht, sondern immer wieder und immer mächtiger die deutsche Friedensnote und ihre große Nachwirkung: die zur Aussprache anregende Note der Vereinigten Staaten.

Welche Wirkung die Antwort der Entente in Amerika haben wird, darauf sammelt sich jetzt das Interesse. Die wenigen Meinungen, die diesem Erwarren heute entsprechen, teilen wir in folgendem mit, und aus der Flut von Presäußerungen, die sonst vorliegen, sei einiges, das als besonders beachtenswert gelten kann, angeführt:

Die „Daily News“ erfährt aus Washington, daß Wil-

Ententemächte keine Möglichkeit zu Friedensverhandlungen offen gelassen haben. Man glaubt in amtlichen Kreisen, daß die Antwort der Alliierten der Erwartung eines baldigen Friedens ein Ende mache; die Bedingungen seien viel zu schwer, als daß Deutschland sie in Erwägung ziehen könnte.

„New-York World“ betrachtet die Bedingungen der Entente als höchst bedingungslos, die nur verwirklicht werden können, wenn Deutschland und die Monarchie völlig geschlagen würden. Das Blatt hielt die Bedingungen in zwei untergeordneten Punkten für unsittlich, und zwar im Hinblick auf die geforderte Übergabe eines Gebietes an Italien und Rumänien, das ihnen niemals angehört. In anderer Hinsicht wird jedoch der „Höhepunkt des Idealismus“ erreicht, wo es sich um die internationale Politik Europas handelt. Das Blatt fragt weiter, ob Deutschland sich jetzt weigern könne, auch seinerseits seine Friedensbedingungen zu veröffentlichen. Falls es nicht dazu bereit sei, würde es vor dem Gericht der öffentlichen Meinung eine traurige Figur machen.

„American“ bezeichnet den Ton der Note als grandios. Die Mittelmächte würden die Bedingungen niemals bewilligen. Falls die Alliierten darauf würden bestehen, kommt der Frieden nicht, bevor eine Partei entschlossen gekämpft hat oder beide Gruppen erschöpft zusammenbrechen.

Von den Kriegsjanplänen. Der Balkankrieg.

Eine Anklageschrift gegen die Entente.

Die griechische Regierung hat auf die bekannte Friedensnote des Präsidenten Wilson eine Antwort erteilt, die sich als denkbar schärfste Anklageschrift gegen die sogenannten „Schutzmächte“ darstellt, auch in der lakonischen Form, in der sie uns übermittelt wird. Das wichtige Dokument lautet: Die königliche Regierung nahm mit lebhaftem Interesse Kenntnis von dem Schritt, den der Präsident der Vereinigten Staaten bei den Kriegführenden unternommen hat in Hinblick auf Beendigung des langen grausamen Krieges, der auf der Menschheit laftet. Außerordentlich empfindlich für die Mitteilung, die ihr gemacht wurde, schätzte sie in hohem Maße den edlen Schwung, von dem Grund aus dem humanitären Geist, der diesen Schritt des weisen Staatsmannes diktierte, der die Geschichte der großen amerikanischen Republik leitet und einen ehrenhaften Frieden für alle und die Stärkung einer stabilen Lage der internationalen Beziehungen anstrebt. Dieser Schritt bedeutet eine erinnerungswürdige Seite im Buche der Geschichte. Die Betrachtungen, die in der Note des Präsidenten enthalten sind, in Hinblick auf die Leiden der neutralen Nationen infolge des gewaltigen Kampfes, ebenso die Garantien, die von beiden Kriegführenden Parteien gegeben werden sollen, um die Rechte und die Sicherheit aller Staaten zu sichern, fanden in der Seele Griechenlands ein ganz besonders sympathisches Echo. In der Tat gibt es kein Land, das unter diesem Krieg ebenso gelitten hätte, wie Griechenland, obwohl es dem Kampf fern geblieben ist. Infolge der ganz besonderen geographischen Lage konnte Griechenland weniger als jedes andere neutrale Land sich einer direkten und verberblichen Einwirkung der Feindseligkeiten zwischen den Kriegführenden entziehen. (Quelle im Telegramm.) In diesem Augenblick noch seiner Flotte beraubt und fast vollständig entwaflnet, ist unser Land beunruhigt durch eine künstliche Renaisance, die Genuin giebt aus einer fremden Okkupation. Es ist eingeschlossen durch eine fremde Blockade, die die Verbindung unterbricht und die friedliche Bevölkerung dem Hunger ausliefert, inbegriffen die vollkommen friedlichen Personen wie Frauen und Kinder, die nach den elementarsten Regeln des Völkerrechts davon verschont sein müßten, selbst wenn Griechenland im Kriege stünde. Dennoch bemüht sich Griechenland mit allen möglichen Mitteln, neutral zu bleiben. Dieses Gelagte genügt, zu zeigen, wie sehr jede Initiative, die den Frieden herbeiführen könnte, ganz abgesehen von den humanitären Ermahnungen allgemeiner Art, geeignet ist, den Lebensinteressen Griechenlands zu dienen. Die königliche Regierung würde sich denn auch gewiß beeilen, unter dem ersten dem edlen Schritt des Präsidenten beizutreten nach Maßgabe ihrer ganzen Macht, damit er von Erfolge gekrönt würde, wenn sie nicht außerstande wäre, mit einer Gruppe der Kriegführenden zu verkehren, während sie gegenüber einer anderen Gruppe die Lösung außerordentlicher Schwierigkeiten abwarten muß, die gegenwärtig die Lage Griechenlands beherrschen. Aber die königliche Regierung verfolgt mit ganzem Herzen die loßbaren Bemühungen des Präsidenten und bringt ihre aufrichtigsten Wünsche für deren Gelingen dar. Nachdem die Regierung seit dem ersten Tagen des europäischen Krieges an die Herstellung des Kontaktes zwischen den Neutralen gedacht hat zum Zweck, die gemeinsamen Interessen wahrzunehmen, ist sie glücklich über die ihr gebotene Gelegenheit zu einem demnächstigen Meinungsaustausch. Wenn dies als opportun betrachtet werden könnte, erklärt Griechenland sich bereit, im gegebenen Augenblick an einer Aktion teilzunehmen, die die Schaffung eines dauerhaften Friedens bezweckt, die die Rechte aller Staaten sichern, ihre Souveränität und Unabhängigkeit garantieren würde.

Griechenland und die Entente.

Konstantinopel meldet aus London: Wenn die Antwort der griechischen Regierung auf das Ultimatum der Alliierten auch als eine kassische Bewilligung der Forderungen der Alliierten betrachtet wird, so sind doch nach der Auffassung der Alliierten nicht genügend Anhaltspunkte für die Durchführung gegeben, z. B. wurde eine sofortige Befreiung der gefangenen genommenen Benizelisten gefordert. Die Antwort bewilligt dies zwar, gibt jedoch keine Anhaltspunkte dafür, wann es geschehen solle. Eine diesbezügliche Anfrage ist bereits nach Athen gelangt worden. Der griechischen Regierung wird mitgeteilt werden, daß die Antwort zwar freudig stimmt, jedoch eine abschließendere Durchführung notwendig sei. Es könne kein Rede davon sein, die Ausführung der Forderungen vierzehn Tage aufzuschieben, und ebensowenig habe man die Absicht, die Blockade aufzuheben, solange die Forderungen der Alliierten nicht vollständig ausgeführt worden sind. Ein großer Teil der britischen Kolonie hat Athen bereits verlassen, aber die Vertreter der Alliierten bleiben auf ihren Posten.

Der Seekrieg.

Feindliche Post über Nord.

Wie „Politiken“ berichtet, hielt ein deutsches Unterseeboot den schwedischen Dampfer „Sveborg“, der sich auf der Reise von England nach Göteborg befand, an. Die Besatzung des Dampfers erhielt den Befehl, alle für Rußland, Rumänien, Italien und Japan bestimmten Postfässer — im ganzen 700 — über Bord zu werfen, andernfalls müßte der Dampfer verlenkt werden. Dagegen blieben die für die neutralen Länder bestimmten Postfässer unberührt.

Die Schiffsverluste im Dezember.

Im Dezember 1916 sind durch Minen, Torpedos usw. 188 Schiffe mit einem Gesamt-Tonneninhalt von 329 070 Brutto- und 209 635 Netto-Reg.-Tonn. verlorengegangen, und zwar: England 58 Schiffe, Norwegen 33, Frankreich 31, Dänemark 22, Schweden 12, Italien 8, Rußland 6, Griechenland 6, Spanien 6, Portugal 3, Japan 2 Schiffe, Amerika 1 Schiff, zusammen 188. Seit dem 1. März 1916 sind 1039 Dampfer und Segler verlorengegangen mit einem Tonneninhalt von 2 048 122 Brutto- und 1 298 723 Netto-Reg.-Tonnen.

...egsbilanz der norwegischen Schifffahrt.

In der Nummer vom 8. Januar der norwegischen Zeitung „Tidens Tegn“ wird eine anschauliche Uebersicht der abnormen Verhältnisse gegeben, in die der Weltkrieg die norwegische Schifffahrt geführt hat. Allein in dem Jahre 1916 sind von den norwegischen Reedern 550 Millionen Kronen für neue Schiffbaukosten ausgegeben und 50 Millionen in alte neu hineingegeben worden. Unter normalen Verhältnissen wäre der Bruttoverdienst ca. 250, der Nettoverdienst ca. 50 Millionen Kronen gewesen, während die wirklichen Zahlen 1 und ¼ Milliarde sind. Freilich gehen davon die Ausgaben für die verschiedenen Kriegserführungen ab, jedoch das norwegische Blatt einen Nettoverdienst von 25 Prozent anrechnet, was aber kaum richtig ist. Interessant ist, daß die neuen Schiffsbestellungen im umfangreicher waren als in dem ganzen Zeitraum 1900—1905 zusammen.

augenblicklich unmöglich, den Frieden zu bekommen, den sie wünsche. Es läßt also so aus, als ob Bethmann Hollwegs vor einem Monat eingeleitete Friedensaktion vorläufig angehalten sei, aber trotzdem marschiert der Frieden, wie der „Vorwärts“ neulich geschrieben habe, nachdem das Wort Frieden einmal gesagt, wird es nicht mehr aus der Diskussion verschwinden. Wie viele Zeugnisse bewiesen, sei kein Land in Europa, wo die Friedenssehnsucht nicht stetig wachse. Die Friedenssehnsucht werde weiter wachsen, wenn die Ententente bedeuten soll, daß der Krieg noch unter fürchterlicheren Formen als bisher durchgeführt werden soll.

Unser dänisches Parteiblatt „Socialdemokraten“ bemerkt:

Lloyd George habe zwar von neuen kommenden Drängnissen und Gefahren gesprochen, aber nur für den Verlauf der nächsten drei Monate. Man müsse annehmen, daß jetzt eine letzte gewaltige Anstrengung von beiden Seiten komme, von England eine aufs äußerste verschärfte Blockade, von Deutschland ein immer rücksichtsloserer Tauchboottkrieg. Die kommenden Monate würden fürchterlich werden, auch für die Neutralen. Ein Glück sei, daß Dänemark die Westindien-Krise überwunden habe und einem innerpolitischen Chaos entgangen sei. Positive Mitarbeit aller zur Aufrechterhaltung einer vollkommenen Neutralität und zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens sei dringend erforderlich. Wenn Lloyd George in seiner Gutbildrede ausgesprochen habe, das Jahr 1917 werde den Alliierten den Sieg bringen, so glaube dies kein unparteiischer Beobachter dagegen deutliche Bedenken darauf hin, daß in diesem Jahre der Krieg zu Ende ginge. Europa könne den Krieg nicht mehr ertragen; warum würden ihm diese letzten entscheidenden Monate nicht erspart?

Die Antwortnote der Entente an Präsident Wilson macht in Schweden einen sehr schlechten Eindruck. Die Blätter aller Parteien stimmen darin überein, daß die genannten Friedensbedingungen undiskutierbar sind.

In „Socialdemokraten“ schreibt Branting, der sonst immer auf Seiten der Entente stand, er müsse zugeben, daß die Forderungen der Entente die des vollständigen Siegers seien. Die Sache der Freiheit und Demokratie aber könne nicht dadurch triumphieren, daß eine Mindergruppe den Fuß auf den Nacken der anderen setze. Außerdem lasse der bisherige Verlauf der Ereignisse es als wenig glaubhaft erscheinen, daß eine Partei einen solchen vollständigen Sieg erringen werde. Zuletzt sucht auch er seine Enttäuschung hinter der Forderung zu verbergen, daß jetzt die Mittelmächte gleichfalls ihre Bedingungen angeben müßten.

Vom Tage.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Zur Vorgeschichte des Friedensangebotes der Mittelmächte, das die Feinde als ein mannsfähiges Kriegsmannöver hingestellt haben, ist nachstehendes kaiserliches Handschreiben an den Reichskanzler ein Seitrag von besonderer Bedeutung:

Konstantinopel, 31. Oktober 1916.

Mein lieber Bethmann!

Unter Gespräch habe ich noch näher gründlich überdacht. Es ist klar, die in Kriegsspieltage Befangenen, von Zug und Trug im Raub des Kampfes und in Haß gehaltenen Völker unserer Feinde haben keine Männer, die im Stande wären, die den moralischen Mut besitzen, das befreiende Wort zu sprechen. Den Vorstoß zum Frieden zu machen, ist eine sittliche Tat, die notwendig ist, um die Welt — auch die Neutralen — von dem ewig allzu lähmenden Druck zu befreien. Zu einer solchen gehört ein Herrscher, der ein Gewissen hat und sich Gott verantwortlich fühlt und ein Herz hat für seine und die feindlichen Völkern. Der, unbesümmert um die ewigen abstrakten Widersinnigkeiten seines Schrittes, den Willen hat, die Welt von ihren Leiden zu befreien. Ich habe den Mut dazu. Ich will's auf Zeit wegen. Legen Sie mir bald die Note vor und machen Sie alles bereit.

Wilhelm, I. R.

Halbesmühl wird dazu berichtet: Unsere Feinde können sich darauf verlassen, daß der Ehrlichkeit des in diesem kaiserlichen Schreiben bekundeten Friedenswillens die rücksichtslose Entschlossenheit entsprechen wird, mit der wir den Krieg, dessen Fortsetzung sie uns aufgezwungen haben, bis zum fegefeindlichen Ende durchzuführen werden.

Gestern ist in Warschau der provisorische Staatsrat im Kaiserlich-Polen eröffnet worden.

Dänemark ist von England die bisherige Lieferung von Petroleum und Benzin abgelehnt worden und die Forderung, die in der Spanische mit Motorfahrzeugen betriebe wird, ist dadurch zum Stillstand gekommen, weil die dänischen Hochseerischer sich weigern, die von England verlangte Garantie gegen jede Ausfuhr von Äthen nach Deutschland zu geben. Die dänisch-englischen Verhandlungen führten bisher zu keinem Ergebnis. Die Entente hat russische Petroleum mit aus dem englischen Druck auf dem Gebiete der dänischen Küstenschiffahrt weniger sichtbar machen. Nach Meldungen, die von der dänischen Grenze kommen, ist das erste russische Petroleum nach Dänemark beordert worden. In Schweden an der Westküste Schwedens sind bereits die ersten größeren Ladungen Petroleum eingetroffen und Transporte nach anderen dänischen Häfen sind unterwegs. Es kann sich nur noch um eine kurze Zeit handeln, dann werde man in Dänemark einen Ausweg aus dem Dilemma gefunden haben: entweder die bisherige Lieferung der englischen Brennstoffe wird eingestellt, oder die dänische Grenzschutzbehörde verwendet für ihren Reichsbetrieb ausschließlich russisches Petroleum.

Seiner Majestät werden, daß im Heeresausgang der französischen Kammer der Sozialist Renaudel erklärte: Die Ereignisse hätten gezeigt, daß das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit unzulässig und schlecht sei. Sofort nach Friedensschluß werde die sozialistische Partei ihre Bemühungen für die Einführung der russischen Dienstzeit wieder aufnehmen. Der Sozialist Analle schloß sich Renaudel an. Der Sozialist, Reginald, erwiderte, daß dreijährige Dienstzeit bei dem unzulässigen Dage, aber der Angehörig sei nicht geeignet, die Frage wieder zur Sprache zu bringen.

„New York Herald“ schreibt, daß die Antwort der Entente eines der denkwürdigsten Schriftstücke in der Geschichte bleiben wird. Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit gegenüber den Völkern, die sie vertreten, und der gerechten Sache, der sich diese Völker gewidmet haben, sei die Note von den Wortführern der Entente geschrieben worden. Sie sei aufs neue eine Erklärung der Unabhängigkeit der Staaten zugunsten der Kultur.

In den lauten, enthusiastischen Tönen, den die französische Presse bei Besprechung der Note an Wilson anzuschlagen bemüht ist, mischt sich bei den Blättern, die den Kriegsausbruch noch einige Selbshändigkeit bewahrt haben, ein Gefühl der Unsicherheit. So erklärt „Bonnet Rouge“, zur Verwirklichung der Kriegsziele der Entente blieben leider nur zwei Mittel übrig, die völlige Erschöpfung des Gegners oder entscheidende Siege. Man tue besser daran, auf die Erschöpfung zu rechnen. Ein entscheidender Sieg an der West- oder Ostfront sei nur dann erzielt, wenn die deutsche Heere bis nach Deutschland zurückgetrieben seien. Ob das möglich sei, wisse man nicht; immerhin müsse man annehmen, daß die Ententeregierungen sich nicht vorzähnen zu ihren Kriegsziele verpflichtet hätten. Die Völker müssen also warten. — „L'Heure“ schreibt: Es sind nicht diese beiden Notizen, die uns den Sieg bringen werden, dazu gehört noch etwas anderes. — Herr Renaudel auch nicht sehr sicher zu sein, denn er wendet sich mit der Frage an Wilson, ob er nicht finde, daß die Sache der Entente heilig sei und worauf er dann noch warte, um die Waffen zu ergreifen und dem Recht der Zivilisation und der Menschheit zu Hilfe zu eilen.

Die „Basler Nachrichten“ veröffentlichen ein Pariser Telegramm über die Haltung der französischen Presse, in dem es (laut „L.A.“) wörtlich heißt: Eine interessante Tatsache wird in der französischen Presse kaum bemerkt: das Fehlen der Kriegsziele Englands. Man macht sich auf ein Zusammenstoßen aller Kräfte bei der Gegenpartei gefaßt. Kein Mensch erwartet von Deutschland die Annahme der Friedensbedingungen der Entente. Man gibt sich klar darüber Rechenschaft, daß nur die Waffen imstande sind, die abwechselnden Streitfragen zu lösen. Da aber die Frage des Friedens einmal aufgeworfen war, so hätte man keine andere Wahl, als dazu Stellung zu nehmen. Für den Feind wird es schwierig fallen, aus der Note etwas anderes herauszulesen als die Weigerung der Entente, vor der militärischen Entscheidung sich auf Unterhandlungen einzulassen.

Die Forderungen der Entente erscheinen in gewissen Punkten selbst dem in Genf erscheinenden „Journal de Geneve“ zu unheimlich und nichtig. Die Zeitung schreibt:

Wenn die Alliierten die Befreiung aller nichtdeutschen und nicht ungarischen Völker der Habsburger Monarchie von der Fremdherrschaft verlangten, so habe der Krieg doch diese Völker mehr miteinander verknüpft gezeugt, als man dachte, und das Wort von der fremden Herrschaft würde eine große Zahl Angehöriger dieser Völker überraschen. Anstatt zuzugeben, daß die Nationalität einzig durch den frei ausgeübten Willen des Volkes festgelegt werden könne, maßten die Theoretiker sich an, die Weltkarte in ihrem Kasinett nach Sprachen und Rassen zu regeln, und damit würde diese Lehre, die Duldung und Freiheit bedeuten sollte, rasch eine Saat des Hasses und von Konflikten. Außerdem würde die Zerstückelung Oesterreichs einer Stärkung Deutschlands auf Kosten Oesterreichs gleichkommen, was doch wohl nicht im Interesse des europäischen Gleichgewichts liege. Was Polen betrifft, so hätte das Genfer Blatt genauere Erfahrungen und weitergehende Sicherheiten für die polnische Einheit und vollständige Unabhängigkeit gewünscht.

Die „Züricher Post“ schreibt u. a.: Die Entente möchte die fürchterlich drückende Verantwortung ablehnen und sie dem Gegner zuschieben. Auch das geht, wie schon jetzt gesagt werden kann und muß, auf keinen Fall an. Die Mittelmächte waren immerhin zu einem Ausgleichsfrieden bereit. Es ist der Wille der Entente, wenn ein solcher Ausgleichsfrieden heute nicht zustande kommt. Sie beharrt nach wie vor darauf, Deutschland und seinen Bundesgenossen einen Frieden, wie sie ihn will, zu diktieren. Wenn dann schließlich nach dem ungeheuerlichen Kriegen die Absicht der Entente doch festzuhalten sollte und daß ein Kompromißfrieden abgeschlossen werden müßte, dann müßte freilich der Spruch der Weltgeschichte, die das Weltgericht ist, über die für die Note der Entente vom 10. Januar verantwortlichen Männer fürchterlich lauten.

Die durchaus nicht deutschfreundliche sozialistische „Berliner Tagewacht“ schreibt zum Friedensziel der Entente: Dieser Plan ist in wahrer Sinn, in verberberischer, und ist abendrein in so heuchlerischer Selbstverständlichkeit angefaßt, daß man sich wundern muß, wie es in den Ententeländern auch nur einen Mann geben kann, der es weiterhin wagt, vom Verteidigungskrieg für Recht und Freiheit zu sprechen.

Die in Imherdum erscheinende sozialdemokratische Zeitung „Der Sozialist“ schreibt: Das von der Entente angebotene Programm gerührt die Ansicht auf einen baldigen Frieden. Es macht deutlich, daß es das Nationalitätenprinzip bis zur Unkenntlichkeit durchbrechen will, den Grund der Menschlichkeit zerstört. Wer in aller Welt sollte es wagen, eine Teilung der Österreichisch-ungarischen Monarchie in selbständige Nationen vorzunehmen? Wie kann man einen Völkern oder Gruppen erlauben, ohne daß es von einer nationalen Minoritäten zu unterdrücken? Dieses Programm ist mieder die Mittelmächte zu einem Kampf auf Leben und Tod aneinander und bindet sie fester aneinander, als irgend etwas anderes es vermocht hätte. Dazu kommt, daß während der Ausführung dieses Programms und der Lage auf den Schlachtfeldern ein so unermeßlicher, großer Abstand liegt. Die Friedensbedingungen der Entente lassen nicht erwarten, solange sie nicht an allen Fronten im Osten, Osten, in Europa und Äthen gelangt hat. In der neutralen Welt wird die Kraft Englands nicht gering gehalten, aber daß es, durch die Abwesenheit in einer militärischen Entscheidung gehindert, über so unermeßliche Mittel verfügen sollte, daß es einen Sieg an einer Fronten gung oder trübselig für keine Richtung sehen würde, wird wohl überall bezweifelt.

Schweden selbstständig bezieht das dänische Reichsgesetz über die Note der Entente. Der Blatt schreibt:

Manche man die Friedensbedingungen der Entente und die von Deutschland an die Neutralen gerichtete Note, so lange man zu dem Resultat, daß die Ententente Forderungen enthält, die die Völker der Welt abweisen werden, aber die Entente selbst ist für das darüber gewarnt, daß ihre Forderungen nicht abgelehnt werden dürfen. Nach dieser Voraussetzung, so bricht im Ententeland es aus, ist es

Der Kriegsverlust der norwegischen Flotte seit Kriegsbeginn ist 367 000 Tonnen im Werte von 180 Millionen Kronen.

Wenn das norwegische Blatt gleichzeitig den Verlust von 198 Menschen beklagt und dafür nur die deutschen U-Boote verantwortlich machen möchte, so darf wohl an die zahlreichen englischen und russischen Minen erinnert werden, die ganz sicherliche gerade so manchem norwegischen Seemann verhängnisvoll geworden sind.

Der Untergang der „Regina Margherita“.

Das italienische Marine-Ministerium teilt mit: Da ernsthaft militärische Gründe gegen die Veröffentlichung der folgenden Mitteilungen weggefallen sind, kann bekanntgegeben werden, daß in der Nacht zum 11. Dezember das Linien-Schiff „Regina Margherita“ unterwegs auf zwei Minen gestoßen und gesunken ist. Das Ereignis vollzog sich in wenigen Minuten wegen der Schwere der Zerstörung des Schiffskörpers, infolge deren das Schiff mit dem Bug voran sank. Von 945 Mann, die sich an Bord befanden, wurden die meisten in die Tiefe gerissen und verschwanden mit dem Schiffe. Ungünstige Umstände machten die Rettung der Überlebenden sehr schwierig, deren immerhin 270 geborgen werden konnten. Der Kommandant des Schiffes und 14 Offiziere sind unter den Vermissten. Außer den bisher veröffentlichten Schiffsverlusten ist kein weiterer Verlust festgestellt worden; seit einiger Zeit in der Öffentlichkeit verbreitete gegenteilige Nachrichten sind durchaus falsch.

Allerlei Kriegsnachrichten.

- In der Befreiung von Belgien.

In Beantwortung einer schriftlichen Interpellation des sozialdemokratischen Mitgliedes der Zweiten Kammer Duns wegen der Befreiung von Belgien nach Deutschland hat der Minister des Außeren die Antwort der deutschen Regierung auf die Note der niederländischen Regierung vom 29. November bekanntgegeben. Die deutsche Regierung hat sich, da die Möglichkeit eines Mißverständnisses vorliegt, bereit erklärt, solche Belgier wieder aus Deutschland nach Belgien zurückzuführen, die seinerzeit infolge der damaligen Verhältnisse aus Holland nach Antwerpen zur Hilfe gekommen waren. Es sei dabei aber Bedingung, daß die holländische Regierung diejenigen unter diesen Belgiern, die keine Arbeit in Belgien finden, wiederum in Holland aufnehmen. Der Minister schloß, daß dieser Vorschlag angenommen und der deutschen Regierung eine Liste von in Betracht kommenden Belgiern zur Kenntnis gebracht worden sei. Duns hat darauf seine Interpellation zurückgezogen.

Aufruf der landkürnpflichtigen Ärzte.

Das preussische Kriegsministerium hat angeordnet, daß sämtliche mit wehrpflichtigen Ärzten bestehende Verträge zwecks Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht kostenlos zu kündigen und die Ärzte alsbald mit Kriegsstellen widerwillig zu befehlen sind. Nicht mehr wehrpflichtigen, vertraglich verpflichteten Ärzten ist anheimzugeben, sich als Freiwillige in den Landsturm einstellen zu lassen, wonach einer Beilehung mit einer entsprechenden Arztstelle nichts im Wege steht. Die weitere vertragliche Beauftragung nicht mehr wehrpflichtiger Ärzte ist im Selbstbezug, Operations- und Etappenbereich sowie im befestigten Gebiet fortan nicht mehr zulässig. Im Belegungsheer steht ihrer vertraglichen Verwendung nichts entgegen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 15. Januar.

Winternacht.

1.
Vor Kälte ist die Luft erstarrt,
Es kracht der Schnee in meinen Tritten.
Es dampft mein Hauch, es kitzelt mein Bart:
Nur fort, nur immer fort geschritten!

Wie feierlich die Gegend schweigt!
Der Mond bescheint die alten Fichten,
Die, sehnsuchtsvoll zum Tod geneigt,
Den Zweig zurück zur Erde richten.

Trost! friere mir ins Herz hinein,
Tief in das heißbewegte, wilde!
Dah einmal Ruh' mag drinnen sein,
Wie hier im nächtlichen Gestirne!

2.
Dort haucht im tiefen Waldesraum
Ein Wolf; — wie's Kind aufweckt die Mutter,
Schreit er die Nacht aus ihrem Traum
Und heischt von ihr sein blut'g Futur.

Nun brausen über Schnee und Eis
Die Winde fort mit tollem Jagen,
Als wollten sie sich rennen heiß:
Wach auf, o Herz, zu wildem Klagen!

Laß' deine Toten auferstehn
Und deiner Qualen dunkle Herden!
Und laß' sie mit den Stürmen gehn,
Dem rauhen Spielgeind aus Norden!

V. Nau.

Keinen Tropfen im Becher mehr . . .

Wie Moses seine sieben Plagen dem starrköpfigen Ägypter König auf den Hals schickte, so läßt auch der Krieg nach und nach alle Uebel auf uns los, die er im Gefolge hat.

Wo sind die feuchtsüßlichen Tage und Abende hingekommen, da es noch eine wirkliche Erhebung war, zwischen zwei kräftigen Schülern aus dem gerillten Bierglas die neuesten Kriegsergebnisse zu erörtern? Hat der Krieg noch einen Sinn, wenn man trüben zuschauen muß? Siege und Heldentaten sind so ein außerordentlich angenehmer Grund zum Trinken. Was hilft aber der Grund, wenn es nichts mehr zu trinken gibt?

Das Bier ist knapp geworden und eine arge Zeit bricht an für den wackeren Mann, der gewohnt ist, den König Gambirius jeden Abend mit sechs oder acht frischen Blumen zu ehren. Lieben Freunde, es gab schönere Zeiten als die untern — das ist nicht zu streiten! Und ein edler Volk hat einst gelebt . . . Doch es ist dahin, es ist verschwunden, dieses hochbegünstigte Geschlecht!

Dahin . . . Verschwunden . . . Mit der Gerste, die auch nicht mehr im Bier zu finden ist, weil sie ins Brot verdrängt wird. Eine barbarische Verwendung für ein so edles Gewächs und im Brot

Der amtliche Kriegsbericht.

RTB. Großes Hauptquartier, 16. Januar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich der Somme hielt das lebhafteste Artilleriefeuer an. Während an mehreren Stellen Vorstöße feindlicher Patrouillen abgewiesen wurden, gelang es eigenen Erkundungsabteilungen durch erfolgreiche Unternehmungen Gefangene und Maschinengewehre einzubringen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei trübem Wetter blieb die Gehechtsfähigkeit gering.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

Nördlich des Suitta-Tales wurden unsere neuernommenen Stellungen von stärkeren russisch-rumänischen Kräften angegriffen. Der Feind wurde überall abgeschlagen.

Secresgruppe des Generalfeldmarschalls von Madensen.

Zwischen Buzaul- und Sereth-Mündung wurde trotz ungünstiger Witterung der letzte von den Russen süßlich des Sereth noch gehaltene Ort Badeni im Sturm genommen.

Mazedonische Front.

Unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

schmeckt sie auch noch abstoßend herb und trocken, ganz und gar nicht wie im Bier.

Was bleibt zu tun? Wie mit Fleisch und Eiern, mit Kartoffeln und Obst geht es nun auch bald mit dem Bier. Wer es haben will, muß Zeit und Geduld heissen und scharf hinterher sein. Die Wallfahrten nach Bier haben schon in manchen Städten begonnen und von einem Gradort zum andern trinkt sich der wackere Pilger durch, bis er glaubt, genug zu haben. Denn drohend schwebt der Gedanke an die Bierlücke in der Luft. Wer einige Stammische hat, kommt zur Not noch durch. Der Wirt gibt einen Wirt, wenn die schöne Quelle am Verjagen ist. Da bestellt man sich schnell noch eine Maß und freut sich innig, wenn der Nachbar Schokolade trinken muß. Denn im Biertrinken gibt es keine Freundschaft. Was man hat, das hat man.

Aber üppig geht es nicht mehr zu. In einer großen hiesigen Wirtshaus vor dem Tor, die sogar direkt mit einer Brauerei in Verbindung steht, geht Sonntags manchmal schon kurz nach 7 Uhr das Bier aus, während die Musik noch lange zu spielen gedachte.

Trübinnig liegen die braunen Leute vor ihrem Glas, versuchen sich in ungläubigen Rünken der Einteilung und müssen doch zu ihrem stillen Entsetzen merken, daß der Stoff mit jedem Schluck weniger wird. Endlich ist auch beim besten Willen nichts mehr zu trinken und melancholisch starzt die in das leere Glas, während die das Lied von der Lindenwirtin durch den Kopf geht: „Keinen Tropfen im Becher mehr . . .“

Wo ist eine Lindenwirtin? Sie könnte Geschäfte machen, Geschäfte . . .

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet heute abend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. Niemand fehle!

Lübeck im Schnee. Eine Winterlandschaft von seltener Schönheit bietet gegenwärtig unsere Stadt und ihre prächtige Umgebung. Die roten Dächer der Häuser, die schlanken Türme, Wiesen und Wald sind ganz oder teilweise mit einer schönen, weißen Decke überzogen, und wenn darüber der Winterhimmel seine goldenen Strahlen wirft, so gewinnt das friedensvolle Bild noch an Reiz. Die Gelegenheit zum Robeln wurde denn gestern auch von unzähligen Kindern benutzt.

Regelung des Verkehrs mit Saatgut von Buchweizen, Hirse, Hülsenfrüchte, Lupinen und Widen. Am 10. Januar 1917 trat eine vom Präsidenten des Kriegsernährungsamtes joeben im Reichs-Gesetzblatt veröffentlichte Bekanntmachung über Saatgut von Buchweizen und Hirse, Hülsenfrüchte, Lupinen und Widen in Kraft, die sich als Ausführung der Verordnung über Hülsenfrüchte vom 14. Dezember 1916 darstellt. Nach ihr dürfen die genannten Fruchtarten, wozu noch Gemenge kommt, in dem sich Hülsenfrüchte befinden, mit Ausnahme von Gemenge, in dem sich Hafer befindet, zu Saatweiden nur abgesetzt werden, wenn sie zu Saatweiden ausdrücklich freigegeben sind. Die Freigabe erfolgt durch die Reichshülsenfruchtstelle Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Berlin, für Widen und Lupinen durch die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte G. m. b. H. in Berlin. Der Handel mit Saatgut ist nur den von den Landeszentralbehörden bezeichneten Saatstellen und den von den Saatstellen zugelassenen Händlern gestattet. Daneben können Erzeuger von Saatgut von den Saatstellen ermächtigt werden, Saatgut unmittelbar an Verbraucher zur Ausaat abzusetzen. Die Ermächtigung kann für den Einzelfall oder für bestimmte Mengen Saatgut erteilt werden. Die Zulassung der Händler liegt nach Maßgabe des Bedürfnisses den Saatstellen ob. Jede Saatstelle kann jedoch nur die in ihrem Bezirk anässigen Händler zulassen. Als Händler gelten auch Genossenschaften, Konsumvereine und dergleichen. Grundsätzlich haben die Saatstellen den Handel mit Saatgut zu beaufsichtigen, damit das Saatgut auch wirklich seiner Bestimmung entsprechend verwendet wird. Weiter ist zur Sicherung gegen Mißbräuche bestimmt, daß die Veräußerung, der Erwerb und die Lieferung von Saatgut nur gegen Saattarte erlaubt ist mit Ausnahme der Veräußerung und der Lieferung an die Saatstellen, die ihrerseits ebenfalls Saatgut aufkaufen und vertreiben können. Es sind zwei Arten von Saattarten zu unterscheiden, die Saattarte des Händlers und die Saattarte des Verbrauchers. Die Saattarte des Händlers hat die zulassende Saatstelle auszustellen, die Saattarte des Verbrauchers der Kommunalverband, in dessen Bezirk der Verbraucher wohnt. Die Saattarten an Verbraucher dürfen nur ausgeführt werden, wenn der Betreffende auch tatsächlich in der Lage ist, das Saatgut als Saatgut zu verwenden. Jede mißbräuchliche Verwendung von Saatgut wird streng bestraft.

Der zugelassene Händler kann die in der Saattarte angegebene Menge Saatgut drilich unbeschränkt aufkaufen und wieder absetzen. Er muß nur von jedem Geschäft den in Betrag kommenden Saattstellen alsbald Nachricht geben, damit diese den Verbrauch des Saatgutes nachprüfen können. Auch an Verbraucher darf nicht mehr Saatgut geliefert werden, als die ihnen ausgestellte Saattarte ausweist. Die Preise für Saatgut sind etwas höher als die für gewöhnliche Waare festgesetzten Höchstpreise. Es wird Sade der Saatstellen oder der aufkaufenden Händler sein, dafür zu sorgen, daß ihnen auch wirklich hergerichtetes Saatgut für den höheren Preis zur Verfügung gestellt wird; denn beim Absatz an den Verbraucher darf das Saatgut nicht mehr kosten, als höchstens den festgesetzten Höchstpreis + 10 Proz. Zuschlag, gleichgültig, ob das Saatgut durch eine oder mehrere Zwischenhände gegangen ist.

Eine Sonderstellung nimmt das anerkannte Saatgut ein. Als anerkanntes Saatgut gilt nur dasjenige Saatgut, im Gegenlag zu dem bisher damit verbundenen Begriffe, das von anerkannten Saatgutwirtschaften zu Saatweiden gezogen ist. Als anerkanntes Saatgutwirtschaften gelten solche Wirtschaften, die in der Sonderunterkunft des „Gemeinsamen Tarif- und Verkehrs-Angelegens für den Güter- und Transport im Bereiche der Preussischen Staatseisenbahnerverwaltung, der Militär-Eisenbahnen

der Mecklenburgischen und Oldenburgischen Staatseisenbahnen und der Norddeutschen Privat-Eisenbahnen“ vom 8. September 1915 nach Maßgabe, Ergänzungen und Berichtigungen als für das betreffende Saatgut anerkannt aufgeführt sind. Im Übrigen darf anerkanntes Saatgut nur unmittelbar von Erzeuger an Verbraucher abgesetzt werden. Der Verkauf durch Händler ist unzulässig. Jedoch darf anerkanntes Saatgut durch die von den Landeszentralbehörden bestimmten Saatstellen gehandelt werden. Die Preise für anerkanntes Saatgut sind nicht begrenzt. Es gelten aber im übrigen genau dieselben Abrechnungen für das anerkannte Saatgut, wie für das gewöhnliche Saatgut, d. h. das anerkannte Saatgut bedarf einer förmlichen Freigabe, es darf nur an Verbraucher abgesetzt werden, die im Besitze einer Saattarte sind, und endlich haben die Verbraucher von jedem Verkauf des zugelassenen Saatgutes umgehend Mitteilung zu machen.

Laufende Beträge über Lieferung von Saatgut, die bei Inkrafttreten der Verordnungen noch nicht erfüllt sind, müssen erfüllt werden, wenn den Anforderungen der Verordnung durch Beschaffung der Saattarten usw. genügt wird.

An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat Dezember 1916 beim hiesigen Steueramt ein: Einkommensteuer 30 907,86 Mark, Gewerbesteuer 170 244,58 Mk., Wertzuwachssteuer 8314, Mark, Grundsteuer 8 806,55 Mk., Erbschaftsteuer einfach, Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer 2 868,42 Mark, Veranlagungsabgabe 16 359,50 Mk., Stempelabgabe 6386,30 Mark, zusammen 323 957,21 Mk. gegen 741 943,28 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 417 985,07 Mk. weniger. Dieses Minderergebnis ist allein auf die Erbschaftsteuer zurückzuführen, die im Dezember 1915 514 495,88 Mk. erbrachte. Vom 1. April bis Ende Dezember 1916 gingen insgesamt 5 829 852,37 Mk. ein gegen 5 567 228,76 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres; mithin 262 623,61 Mk. mehr.

Maschinenöl als Speiseöl. Vor der Strafkammer hatte sich am letzten Freitag der Mehlhändler Nicolaus Be. wegen Bezuges und schlüssiger Körperverletzung zu verantworten. Er verkaufte im Juni 1916 an den Fischlangerfabrikanten Riedel hier selbst eine Kanne, die 50 Pfund Rübsöl enthalten sollte. Tatsächlich war es aber ein zum menschlichen Genuß gänzlich ungeeignetes, der Gesundheit schädliches mineralisches Öl in einem Gefäß; das Öl stammte von einem Ingenieur, der es einem hiesigen Bädermeister verkauft hatte. Der Ingenieur hatte es von einem ausländischen Schiffe gekauft. Der Bäder hatte es nur zum Bestreichen der Platten benutzt. Als B. das Öl kaufte wurde ihm vom Verkäufer gesagt, es sei Rübsöl, aber es sei kein Speiseöl und könne zum Braten nicht benutzt werden. Der Angeklagte hatte es als Rübsöl weiter verkauft, ohne Riad von der weiteren Verwendung des Vorbesitzers etwas zu sagen. Riad verwendete das Öl zur Herstellung von Bratheringen. Von diesen Bratheringen gelangte eine Sendung nach Freiburg in Schlefien. Dort erkrankte eine größere Anzahl Personen nach dem Genuß der Heringe. Die Strafkammer kam zu einem Freispruch. Rübsöl ist ein Speiseöl. Sei der Angeklagte des Glaubens gewesen, daß es Rübsöl sei, was er handelte, und das Gegenteil sei nicht bewiesen, dann habe er es auch als Speiseöl verkaufen dürfen und auch die Erkrankungen könnten ihn nicht beschuldern, denn er habe nicht vermitlen können, daß das Öl gesundheitsschädlich sei.

Etwas vom „Waschpils“. Am letzten Freitag stand der Geschäftsführer Eduard S. vor der hiesigen Strafkammer, weil er sich des unanständigen Witibemehrs und Preiswuchers schuldig gemacht haben sollte. S. bezog im Mai 1916 von der Gewerkschaft „Quasford“ eine große Quantität des „Waschpils“ genannten Seifenersatzmittels und ließ darauf erziehen in den Blättern ein Inserat, in dem „Waschpils“ als „vollwertiger Seifenersatz“ zum Preise von 25 Pfg. für einen etwa zwei Pfund schweren Kiesel angepriesen wird. Dadurch, daß der Waschpils als „vollwertiger Seifenersatz“ angepriesen wurde, soll S. sich des unanständigen Witibemehrs schuldig gemacht haben, denn die Bezeichnung sei unwahr, weil Waschpils nur aus gepreßtem Ton bestehe und daher keine chemische, sondern nur eine mechanische Reinigung bewirke. Die übermäßige Preissteigerung wird darin erblickt, daß er den Kiesel, den er mit 10 Pfg. einkaufte, mit 25 Pfg. ausbot. Der Angeklagte wendet ein, daß er für die Fassung des Inserats nicht verantwortlich gemacht werden könnte, denn er habe es nicht verfaßt und habe vorher keine Kenntnis davon gehabt. Von übermäßiger Preissteigerung könne keine Rede sein, denn bald nach dem Erscheinen des Inserats sei für den „Waschpils“ ein Höchstpreis von 40 Pfg. für den Kiesel festgesetzt. Darauf sprach ihn das Gericht frei.

Erhöhung der Versicherungssumme für Gemäude. Die Steuerbehörde erläßt im Inkrafttreten eine Bekanntmachung, wonach die städtische und vorstädtische Brand-Assekuranzkasse auf Antrag die Versicherungssummen erhöhen, da die Taxen in diesen Fällen nicht mehr als ausreichend anzusehen sind.

Weitere Postenkrankungen. In der verflochtenen Woche sind in Lübeck acht Postenkrankungen in Zugang gekommen und ins Allgemeinen Krankenhaus isoliert worden, darunter ein postenkrank aus Reinseid eingeliefertes Jail.

Impfpflicht der in gewerblichen Betrieben Beschäftigten. Das Gesundheitsamt veröffentlicht in der heutigen Ausgabe eines Blattes eine Verordnung, die wir der Beachtung unserer Leser besonders empfehlen. Darin wird u. a. bestimmt: Vom 1. Februar ds. Js. an darf in einem unter Titel VII der Gewerbeordnung fallenden Betrieb von mindestens zwanzig Arbeitern keine Person (als Arbeiter, Angestellter, Leiter oder Unternehmer) eingetretet oder eingestell werden, die nicht nachweisen kann, daß sie entweder innerhalb der letzten zehn Jahre mit Erfolg gegen Postenkrankung geimpft worden ist oder sich aus Anlaß der gegenwärtigen Postenkrankung einer Impfung unterzogen hat.

Drei Prozent. Nach dem nunmehrigen Abschluß ihrer Schätzungen rechnet die Gutin-Lübecker Eisenbahn-Gesellschaft wie man uns mitteilt, für das Geschäftsjahr 1916 mit der Verteilung einer Dividende von 3 Prozent an die Aktien Akt.A. das ist die gleiche Dividende wie für das Vorjahr.

Schutz Deutscher Interessen in Rumänien. Zur Wahrung bedrohter deutscher Interessen in Rumänien hat sich ein Verein gebildet, der es sich neben der allgemeinen Vertretung der rumänischen Interessen seiner Mitglieder vor deutschen Behörden und Dienststellen zur Aufgabe gemacht hat, die in deutschem Eigentum befindlichen Liegenschaften und Warenbestände aufzunehmen, um dem schütz für sie zu erwirken, allgemeine Anregungen zu laarmeln und durch den Krieg in Rumänien geschädigte Deutsche nötigenfalls zu unterstützen. Der Verein besorgt die Nachforschungen nach deutschen Staatsangehörigen, die in Rumänien zurückgelassen sind und vertritt, ferner nimmt er schon jetzt, um die Zivil- und Militärbehörden von zeitraubenden Beratungen zu entlasten, Anmeldungen von Vermögensschäden aller Art, insbesondere von in Rumänien verbliebenen Bahnsendungen und Ziffernverbahawagen, sowie von Buchforderungen gegen rumänische Schuldner entgegen. — Der „Verband zur Wahrung deutscher Interessen in Rumänien E. V.“ hat seinen Sitz in Berlin C. 2, Burgstraße 26.

pb. Einbruchdiebstahl. Zu der Nacht zum 13. ds. Mts. wurden in der Stadthalle mittels Einbruch folgende Sachen gestohlen: zwei Hauswarbüchsen mit Inhalt, zwei grau und schwarze Überzieher mit schwarzen Hornknöpfen, ein dunkler Anodenüberzieher, ein grauer Umhängeträger, ferner ein auf den Namen Steffen lautendes Sparbuchs.

pb. Ein Eisenbahnwagen bestohlen. Durch Erbrechen eines Eisenbahnwagens wurde am demselben eine Kiste mit 11 Flaschen Traubenwein gestohlen. Die Kiste trägt das Zeichen D. H. de. R von der Ladung Nr. 8754.

Hamburg. Eisenbahnrettung. Auf dem Bahnhof Hamburg-Süd wurde der am Aufschlagger Bildbeich Nr. 3 wohnende Rangierer August Petersen von einem Eisenbahnwagen erfasst und in unglücklich überfahren, daß der Tod eintrat. Die Leiche kam ins Oasenkrankenhaus.

Neueste Nachrichten.

Pforzheim, 15. Januar. In den Kühlräumen des Städtischen Elektrizitätswerkes wurden durch eine Explosion drei Arbeiter verletzt und einer getötet.

Genf, 15. Januar. Die rumänische Regierung, die seit dem Eintritt Rumäniens in den Krieg keinerlei Verlustlisten ausgab, verleiht sich jetzt — laut Radio-Depesche aus Sassy — dazu, bekannt zu geben, daß nach den zuletzt eingetroffenen Ausweisen von 600 000 Mann, mit denen das rumänische Heer ins Feld rückte, 200 000 Mann gefallen oder verwundet und 100 000 Mann gefangen genommen worden sind.

Stockholm, 15. Januar. Nach einer offiziellen Tokioer Meldung beschloß die japanische Regierung, die japanischen Handelsfahrzeuge, die nach Europa gehen, mit sechs Zolligen Kanonen zu bewaffnen, um sie vor den Angriffen deutscher U-Boote zu schützen. Man erwartet in Tokio, Amerika werde derartigen Schiffen die Durchfahrt durch den Panama-Kanal gestatten.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Lohmann, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Lüneburg. Der Tod auf den Schienen. Am Donnerstag vormittag warf sich auf der Strecke Lüneburg—Welfen ein junges, etwa 18jähriges Mädchen vor den heranbrausenden D. Z. Zug. Nachdem der Zug zum Stehen gebracht worden war, fand man die in zwei Hälften zerstückte Leiche. — Großfeuer. Das an der Bahn Lüneburg—Saltau liegende Dorf Schmindebeck wurde in letzter Nacht von einem bedeutenden Feuer heimgesucht. Das Feuer entzündete sich an einer unbenutzten Urne auf dem Hofe der Witwe Heuer und brach auch auf das Wohnhaus des Abbauers Hinrichs über. Beide Gehöfte wurden völlig eingeäschert. Bei der großen Schnelligkeit mit der sich das Feuer ausbreitete, war an ein Retten des Viehes nicht zu denken.

Bremen. Bremer Rechts- und Linksradikale. Im Bremer Verein der Beitragsverweigerer hat der Arbeitsgemeinschaftler Henke gegen die noch Unfertigen den kürzeren gesogen. Er erhielt, wie der „Braunschweiger Volksfreund“ in seinem Bremer lokalen Teil berichtet, bei der Wahl zum 1. Vorsitzenden nur 107 Stimmen, während sein linksradikaler Gegenkandidat 150 erhielt. Bei den Wahlen zur Berliner Oppositionskonferenz machte er sich mit 181 Stimmen beachtlich, während der linksradikale Anief mit 250 triumphierte.

Theater und Musik.

Stadttheater. „Die Jüdin“, große Oper in 5 Akten von Halévy. Obwohl schon manches an dieser im Jahre 1835 entstandenen Oper verstaubt ist, so kann man das ganze Werk doch nicht zu denen zählen, die man dauernd der wohlverdienten Ruhe überlassen sollte. Dazu sind die künstlerischen Werte, die es enthält, zu groß. Neben trafen Effekten birgt es eine solche Fülle echter Kunst auf melodischem und dramatischem Gebiete, wie sie in neueren Opern nur selten zu finden ist. Auch in der Behandlung

des Orchesters ist Halévy Meister. Deshalb steht man von Zeit zu Zeit diese „Alten“ gern, auch wenn sie im Stil der überwindlichen „großen Oper“ zu uns sprechen. Sie haben gewöhnlich immerhin noch mehr zu sagen als viele der über sie die Häkel zügelnden „Modernen“, die wohl nicht leicht definierbare musikalische Gerüche, aber keine von Erfindungsgabe zeugende Musik hervorbringen können. Der Neueinstudierung des Werkes hatte Herr Kapellmeister Wegler seine besondere Sorgfalt angedeihen lassen und so kam gestern eine Vorstellung heraus, die wohlhabender war und sowohl in ihrer Gesamtheit als auch in den Einzelleistungen einen sehr guten Eindruck hinterließ. Das Orchester gab unter der temperamentvollen und umsichtigen Leitung seines Dirigenten sein Bestes her. Von den Solisten stand Herr Zahn als Elazar an erster Stelle. Gelänglich und himmlisch ganz vorzüglich, mußte er auch in der Darstellung den von Vaterliebe, Jagd und religiöser Ueberzeugungstreue erfüllten alten Juden respektvoll zu charakterisieren. Die Rolle der Frau von Pan der war bewegend im Ausdruck und von Leidenschaft und dramatischer Macht erfüllt. Fr. Schabow konnte als Prinzessin wieder die Vorzüge ihrer Gesangskultur sowie den Wohlklang ihres schönen Organs entfalten. Eine tüchtige Darbietung war auch der Cardinal des Herrn Scanzler, dem nur eine größere Fülle und Weichheit seines Basses zu wünschen gewesen wäre. Herr Hansson-Derne hatte Gelegenheit, durch seinen wohlklingenden hellen Tenor als Leopold, der ja sonst in der Oper nur eine wenig erhebende Rolle spielt, die Hörer zu erfreuen. Recht gut fand sich Herr Salno mit dem Ruggiero ab. Lobend erwähnt sei noch der Chor und das Ballett, die letzten, was in ihren Kräften stand. Die Inszenierung war von Herrn Brischke geschickt besorgt und die Massenfiguren so lebendig als möglich gestaltet worden, wenn ihm auch nur geringe Massen zur Verfügung standen. Das ausverkaufte Haus spendete reichen Beifall. P. L.

Bekanntmachung

über die Ausgabe von Lebensmittelausweisen.

Vom 16. Januar 1917 ab werden Lebensmittelausweise und Seitenkarten für

- 1) familiäre Militärpersonen sowie
- 2) für die in der Stadt und den Vorstädten zugezogenen Personen und
- 3) die in Lübeck nur vorübergehend anwesenden Personen (Besucher) nicht mehr in den Polizeiwachen, sondern in der im Erdgeschoss des Hauses

Königsstraße 69 (Haus Schwane & Heeschen)

eingerrichteten Geschäftsstelle des Polizeiamts auszugeben. Von dem gleichen Zeitpunkt an werden Reisefreikarten und Lebensmittelausweise für das Gebiet der Stadt und Vorstädte (einschl. Bornort, Krenpelsdorf und Nitzelsdorf) nur noch an dieser Stelle auszugeben werden. Ebenfalls findet hier der Austausch der Lebensmittelausweise statt.

Die Geschäftsstelle ist geöffnet: an Wochentagen von 9 bis 1 Uhr vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags, an Sonnabenden von 9 bis 1 Uhr vormittags.

Für die Ausgabe von Lebensmittelausweisen für Käufer ist nach wie vor ausschließlich die Polizeiwache St. Gertrud zuständig. Wegen der regelmäßig wiederkehrenden Ausgabe von Freikarten und anderen Lebensmittelausweisen an die ortsanfällige Zivilbevölkerung wird auf die besonderen Bekanntmachungen des Polizeiamts verwiesen.

Weiter der gleichfalls an der Zentralstelle stattfindenden Ausgabe von Kartoffelkarten wird auf die nachfolgende Bekanntmachung verwiesen.

Lübeck, den 12. Januar 1917.

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend die Ausgabe von Kartoffelkarten an hier zuziehende Personen.

Vom 16. d. M. an werden Kartoffelkarten und Zusatzkartoffelkarten an hier zuziehende oder vorübergehend Aufenthalt nehmende Personen (Mitarbeiter u. a.) in der vom Polizeiamt eingerichteten Zentralstelle für die Ausgabe von Lebensmittelausweisen Königsstraße 69, geöffnet von 9 bis 1 Uhr vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags, an Sonnabenden bis 7 Uhr nachmittags auszugeben.

Die Ausgabe von Kartoffelkarten und Zusatzkartoffelkarten an Personen, welche hier wohnhaft sind, aber bisher solche noch nicht erlangt haben, findet nach wie vor in der Städtischen Zentralstelle, Königsstraße 18, I. Etage.

Lübeck, den 12. Januar 1917.

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Impfspflicht der in gewerblichen Betrieben Beschäftigten.

Im Grund der Verordnung des Herrn Reichsausschusses über den Impfschutz der Bevölkerung vom 2. d. M. wird verordnet:

Am 1. Februar d. J. an darf in einem unter Titel VII der Gewerbeordnung fallenden Betrieb von mindestens 20 Arbeitern keine Arbeit (als Arbeiter, Angestellter, Helfer oder Unterhelfer) verrichtet oder ausgeübt werden, die nicht nachweisen kann, daß sie

entweder innerhalb der letzten zehn Jahre mit Erfolg gegen Typhus geimpft worden ist oder sich aus Mangel der gegenwärtigen Seuchengefahr einer Impfung unterzogen hat.

Die in einem Betrieb der in § 1 bezeichneten Art tätigen Personen haben sich bis zum 31. d. M. einer Schutzimpfung zu unterziehen, soweit sie nicht nachweisen können, daß sie entweder innerhalb der letzten zehn Jahre mit Erfolg gegen Typhus geimpft worden sind oder sich aus Mangel der gegenwärtigen Seuchengefahr einer Impfung unterzogen haben.

Die Unterthanen der im Reichsgebiet dieses Reichs in Betrieben und Unternehmungen tätig sind, sind dem Grundgesetz entsprechend verpflichtet, dem Grundgesetz zu entsprechen.

Es sind dem Reichsausschuss der in § 1 bezeichneten Art tätigen Personen haben dem Grundgesetz entsprechend die Befugnisse der Reichsausschüsse über die Ausführung ihrer Pflichten zu erfüllen.

Der Unterthanen eines Reichsgebietes der in § 1 bezeichneten Art tätigen Personen haben dem Grundgesetz entsprechend die Befugnisse der Reichsausschüsse über die Ausführung ihrer Pflichten zu erfüllen.

Die Befugnisse der Reichsausschüsse über die Ausführung ihrer Pflichten zu erfüllen.

Die Befugnisse der Reichsausschüsse über die Ausführung ihrer Pflichten zu erfüllen.

Das Gesundheitsamt.

Eine Nachschau nach dem Impfserfolge

wird von den Impfstellen für die unentgeltlich Geimpften am Mittwoch, dem 17. Januar 1917, nachmittags zwischen 1½ und 3 Uhr an der Impfstätte abgehalten.

Lübeck, den 13. Januar 1917.

(6929)

Das Gesundheitsamt.

Öffentliche unentgeltliche Impfungen

finden weiter statt:

Dienstag, den 16. Januar 1917
Donnerstag, den 18. Januar 1917
Dienstag, den 23. Januar 1917
Donnerstag, den 25. Januar 1917
nachmittags 1½—3 Uhr

a) für Männer: in der Turnhalle der Burgschule, hinter der Burg 6, durch Dr. Busch, im Konfirmandensaal der St. Matthäikirche, durch Dr. F. Christern,

b) für Frauen: in der Turnhalle der Dominikschule, Domkirchhof 6, durch Dr. v. Thaden, in der Turnhalle der I. St. Lorenz-Volksschule, Kirchenstr. 6, durch Dr. Feldmann.

Die Nachschau findet jeweils an dem der Impfung folgenden Mittwoch statt.

Die Impfung wird auf dem linken Oberarm vorgenommen, der gründlich zu säubern ist.

Ueber die erfolgte Impfung wird ein Nachweis auf Antrag sofort ausgestellt.

Lübeck, den 13. Januar 1917.

Das Gesundheitsamt.

Bekanntmachung.

Da in Anbetracht der gegenwärtig herrschenden und voraussichtlich noch längere Zeit nach dem Kriege fortbauenden hohen Baukosten die nach den Tagen der Kärntner und der vorläufigen Brand-Abrechnung folgende festgesetzte Versicherungssumme in vielen Fällen nicht mehr als ausreichend anzusehen sind, erklären sich die Kärntner und die vorläufige Brand-Abrechnungsfähigkeit bereit, in Schadenfällen bei einem Gebäude, dessen Lage vor dem 1. Mai 1914 ausgereift ist, eine um 25 v. H. erhöhte Versicherungssumme, bei einem Gebäude, dessen Lage nach dem 1. Mai 1914 ausgereift ist, eine um 20 v. H. erhöhte Versicherungssumme der Schadensberechnung zugrunde zu legen, wenn der Versicherungsnehmer

bis zum 1. Februar 1917

einen dahingehenden Antrag an das Steueramt richtet. Der Antrag vertritt die Zahlung einer entsprechend erhöhten Prämie für die Zeit vom 1. Februar 1917 bis 1. Mai 1920. Der Antrag ist unter Vorrichtung der Police entweder schriftlich oder vor Steueramt (Zimmer Nr. 1 rechts) während der Geschäftsstunden von 9 bis 1 Uhr oder 3 bis 6 Uhr mündlich zu Protokoll zu stellen.

Lübeck, den 14. Januar 1917.

Die Steuerbehörde.

Rotes Kreuz, Abt. IV.

Die Ausgabe der in den Dezember-Sitzungen bewilligten **Heimkehrerrenten** erfolgt nach untenstehendem Plane in der Börse (Eingang vom Markt).

- Die Ausweisliste ist vorzulegen.
- § 1. St. Gertrud (Frau Prof. Dr. Zillich) Dienstag, den 16. Januar Nachhabe A—L 9 Uhr vorm. M—Z 10
- § 2. St. Jakob (Frau Dr. Feldmann) Dienstag, den 16. Januar Nachhabe A—L 3 Uhr nachm. M—Z 4
- § 3. St. Marien-See (Frau Behrens) Dienstag, den 16. Januar, 6 Uhr nachmittags.
- § 4. St. Marien-Ost (Frau Senior Becker) Dienstag, den 16. Januar, 3 Uhr nachmittags.
- § 5. St. Petri (Frau Horstmann) Mittwoch, den 17. Januar, 3 Uhr nachmittags.
- § 6. St. Beata (Frau Roepke) Mittwoch, den 17. Januar Nachhabe A—L 9 Uhr vorm. M—Z 10
- § 7. St. Johanna Stadt (Frau Frau Lorenz) Mittwoch, den 17. Januar, 4 Uhr nachmittags.
- § 8. St. Jürgen (Frau Hockelmann) Mittwoch, den 17. Januar, 5 Uhr nachmittags.
- § 9. St. Lorenz (Frau Behr) Donnerstag, den 18. Januar Nachhabe A—H 9 Uhr vorm. K—R 10 S—Z 2 nachm.
- § 10. St. Marien (Frau Schwabach) Donnerstag, den 18. Januar Nachhabe A—H 4 Uhr nachm. K—R 5 S—Z 6

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Bezirksversammlungen

finden wie folgt statt: Für die Mitglieder der

Vorwerk: Am Dienstag, dem 16. Januar, abends 8½ Uhr, beim Gastwirt F. Leeke, Bogenstrasse;

Warenabgabestelle Kronsforder Allee: Am Dienstag, d. 16. Januar, abends 8½ Uhr, bei Herrn Gastwirt Hagelstein, Geniner Str.;

Holstentor-Süd: Am Mittwoch, 17. Jan., abends 8½ Uhr, in der Gastwirtschaft „Zur Himmelsleiter“, Margaretenstrasse;

Marli: Am Mittwoch, 17. Januar, abends 8½ Uhr, bei Herrn Gastwirt J. Groth, Kottwitzstr. 16.

in Moisling: Am Sonnabend, d. 20. Januar, abends 8½ Uhr, im Moislinger Kaffeehaus.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Die Einwirkung der Kriegswirtschaft auf die Warenvermittlung.

2. Wahlen zum Genossenschaftsrat.

Um den Mitgliedern Aufschluss über unsere jetzige Tätigkeit geben zu können, ist zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und deren Frauen dringend erwünscht.

(6924)

Der Vorstand.

Gesucht zu Ostern (6925) ein **Fischlerlehrling.** K. Schulze, Fischerei Schwarzwasser Allee 123.

Sofort eine Frau zum Spülen gesucht. (6924) H. Bade.

Gesucht zu sofort ein **Auht** zur Hilfe in der Bäckerei. G. Hormann, Henrichstr. 69/91, Schnorrtor.

Zu verp. runder **Sofatisch**, neue Gaslampe, **Peisler-Koch**, Seefisch, kleiner Tisch. (6923) H. Radloff, Marktstr. 33.

Zu kaufen gesucht 1 **Küchenstuhl** mit **Antiaz**, **Sertis**, 2 **Wasserkannen** mit **Matrasen** sehr gut erhalten. Angebote unter **A D 37** an die Exped. d. Bl. (6918)

Zu kaufen gesucht (6923) **Handstandslampen**, **Knochen**, **Alten**, **Papier**, **Zeitungen**, zu **höchstem Tagespreis**. Karl Kleinfeld, Waisenhoffstr. 25. Telefon 2430.

Betlören am 11. Januar in der Krenpelsdorfer Allee ein **blaues** **Stockwagenrad**. Gegen Belohnung abzugeben. (6917) Nadenburg 37, post.

Uren-Reparaturen. Billige Preise. (6922) Gr. Auswahl in Wand-Tisch-, Weck- und Taschenuhren. Hermann Voß, Hornwacker, Marktstr. 21.

Knochenverkauf. Dienstag, den 16. Januar 1917 Nr. 11201—11400 a. 2-4 U. nachm. Paul Lohmann. (6920)

Das Grundübel. Separatdruck von fünf Artikeln aus der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ in der sie im Monat Juli 1916 erschienen sind.

Von A. Gerisch. — Preis 15 Pfg. — Zu haben:

Buchhandl. Fr. Meyer & Co. Johannisstr. 46.

Visitenkarten liefert schnellstens Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Hansa-Theater. (6922) Täglich abends 8 Uhr: **Der Juxbaron** Vorverkauf Sager, Kohlmarkt.

Stadttheater. (6920) Dienstag, den 16. Januar 1917 Anfang 8 Uhr: **Der Troubadour.** Oper von G. Verdi.

Mittwoch, den 17. Januar 1917 Anfang 8 Uhr: **Das Dreimäderlhaus** Operette von Fr. Schubert.

Donnerstag, d. 18. Januar 1917 Anfang 8 Uhr: **Kabale u. Liebe.** Von Schiller.

Kriegsschädigungen.

In den ersten Stadien des Krieges gab es bei uns viele Leute, die sowohl von Annehmungen wie von riesigen Kriegsschädigungen träumten, die über alle finanziellen Zukunftsjahre hinweghelfen sollten. Je länger der Krieg dauert, desto kleiner ist die Zahl derer geworden, die solchen Träumen nachgehen. Aber ausgestorben sind sie noch nicht und erst dieser Tage glaubte die „Nationalliberale Korrespondenz“, die im Fahrwasser Bassermanns segelt, sogar den deutschen Arbeitern nachsagen zu können, daß sie Kriegsziele verfolgen, die dem Bassermannschen Kriegszielprogramm entsprechen, daß sie verlangten, „das belgische Tor für einen zukünftigen Krieg besser auf Angriff und Verteidigung einzurichten und zu verbarrieren“, und daß von ihnen auch im eigenen Interesse eine ausgiebige Kriegsschädigung gefordert werde. In letzter Hinsicht führt die „Nationalliberale Korrespondenz“ aus, wie wir noch einmal anmerken wollen:

Wenn uns der Krieg eine Hundertmilliarden-Schuld auferlegt und keine Entlastungsmöglichkeiten durch Kriegsschädigungen, Handelsverträge usw. bleiben, dann wird das deutsche Volk schwer und lange arbeiten müssen, um die ungeheure Kriegsschuld zu tilgen. Durch Besteuern allein ist die erforderliche Verzinsung und Amortisation gewiß nicht zu leisten. Rohmaterialien und Lebensmittel aller Art, Kohlen und Brot würden schließlich belastet werden müssen, um den Staatshankrott zu verhindern. Verteuerung der Produktion und damit der Niederbruch der Industrie einerseits, die Bewegung unserer heutigen hohen Lebensmittelpreise zum andern — das etwa würden die traurigen Folgen des Friedensprogramms sein, wie es die Führer des deutschen Sozialismus als Verheißungspost dem deutschen Volk vorhalten. Die Parole: „Jeder trage seine eigene Last“ ist jedenfalls die volks- und arbeiterfeindlichste, die überhaupt als Kriegszielvorgabe erhoben werden kann. Sie ist unseres Erachtens ethisch gefährlicher, weil in ihrer Wirkung für uns vernichtender als alle Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz dem deutschen Volk in Zukunft nur werden können.

Das ist ein tiefstinkendes Bild der Zukunft, das da entrollt wird. Und wir können leider nicht sagen, daß es in allen Punkten unrichtig ist, und daß die Tatsachen zu hoffnungsvolleren Ausichten berechtigen. Aber es ist glücklicherweise nicht die in Arbeiterkreisen herrschende Ansicht, daß dem drohenden Unheil durch die Verfolgung weitreichender Eroberungspläne vorgebeugt werden könne. Das ist nur die Ansicht jener Gruppe von extremen Machtpolitikern, zu denen auch viele Nationalliberale zählen. Sie drehen sich mit ihrer Kriegsslogik im Kreise: Weil schon so unendlich viel geopfert worden ist, soll immer mehr geopfert werden in der Hoffnung, noch Kriesenschädigungen herauszuschlagen, die es uns ermöglichen sollen, in Zukunft die furchtbaren Lasten zu tragen. Dabei wird nicht bedacht, daß die Opfer nicht auf unserer Seite allein sind, sondern in den feindlichen Staaten noch größeren Umfang angenommen haben. Und je länger der Krieg dauert, umso mehr schwellen sie an.

Wenn die „Nationalliberale Korrespondenz“ und ihre Hintermänner meinen, daß Deutschland die bis jetzt angefallenen Lasten ohne Kriegsschädigung tragen könne, und daß weitergekämpft werden müsse, um solche zu erlangen, so ergibt sich daraus von selbst, daß die feindlichen Staaten in der gleichen Lage sind. Sie verlangen ja auch nach ausreichenden Entschädigungen, die wir zahlen sollen, damit sie sich in Zukunft das Leben leichter machen können. Wo ist aber ein am Kriege beteiligtes Volk, das — einmal wenn der Krieg noch länger dauert — überhaupt imstande wäre, zu seinen eigenen Lasten noch Kriegsschädigungen zahlen zu können? Wo nichts mehr ist, kann man auch nichts mehr holen, und je weiter der Krieg bis zur beiderseitigen Erschöpfung getrieben wird, desto mehr schwinden alle Möglichkeiten, die eigenen Opfer auf die feindlichen Schultern abzubürden.

Diese Einsicht kommt allmählich auch solchen Leuten, die sehr eifrig weitgehende Kriegsziele verfolgten haben.

Aber sich nicht aller Logik der Tatsachen verschließt, der muß zu der Einsicht kommen. So ist denn auch die Tatsache zu verzeichnen, daß der durch die Unterseeboot-Petition weitem Kreise bekannt gewordene Professor Dietrich Schäfer in einem im konservativen „Reichsboten“ veröffentlichten Artikel zu der Auffassung kommt, daß es auch bei dem glücklichen Ausfall des Krieges nicht leicht sein werde, unsern Außenhandel und unsere Friedensindustrie wieder in Gang zu bringen. Und er meint:

Alle diese Jahre haben wir unsern Weg zu wandern, gedrückt von der ungeheuren Last der Kriegsschulden, der unablöslichen Verpflichtungen gegenüber den Millionen von Geschädigten, der Instandsetzung alles dessen, was für friedliche und kriegerische Betätigung unseres Reiches und seiner Einzelstaaten unentbehrlich ist. Von den Gegnern haben wir nicht allzuviel Zusage zu erwarten. Die Zuversicht, mit der zu Anfang des Krieges der Leiter unserer Reichsfinanzen seine Geldlasten auf die Feinde abzuwälzen hoffte, ist längst geschwunden. Es läuft auf Scheidemanns Weisheit hinaus: Jeder trage seine Lasten.

Wir wünschen, daß diese aus den Tatsachen sich ergebende Logik bald allen Kreisen zugänglich werde, nicht nur bei uns, sondern auch im feindlichen Ausland, vor allem bei den feindlichen Staatsleitern. Damit würde für die endliche Wiederherstellung des Friedens unendlich viel gewonnen sein.

Ernährungsfragen.

Ueber Fettnot.

Der zu Ende des vorigen Jahres aus dem Beirat des Kriegsernährungsamts ausgeschiedene Jenaer Hygieniker Professor Dr. Abel ist vor kurzem von den Jenaer Gemeindebehörden erkauft worden, seine Ansichten über die Fettnot in einem Vortrag darzustellen. Professor Abel ist diesem Ersuchen nachgekommen und hat im Jenaer Gesundheitsauschuß — der aus allen Kreisen der Bevölkerung zusammengesetzt ist — folgendes ausgeführt:

Die Frage der Fettbeschaffung ist eine der wichtigsten für die Volksernährung. Ein Gramm Fett von 50-60 Gramm Fett täglich geht früher als das Gemütsliche. Bisher ist in den letzten Jahren diese Menge noch bedeutend überschritten worden; namentlich die Kost des Städters hat sich immer reichlicher, ja zu fettreich gestaltet. Jetzt werden uns nur noch 90 Gramm Fett als Butter oder Margarine wöchentlich zugebilligt, und diese Menge erhalten wir tatsächlich noch nicht einmal. Man kann rechnen, daß wir jetzt in der gesamten Nahrung nicht mehr als 10 bis 20 Gramm Fett täglich aufnehmen. Nun hat das Fett einen mehr als doppelt so hohen Heizwert für den Körper als Eiweiß und Kohlehydrate. Die Folge des Fettmangels ist also, daß wir bedeutend mehr als ehemals essen müssen, um dem Körper die gleiche Kraftmenge zu liefern. Das ist aber für die Verdauungsorgane des Städters, der nicht sehr kräftige körperliche Arbeit zu leisten hat, eine schwere und vielen nicht zuträglich Belastung. Mancher hat daher ständig Hunger, weil er gar nicht soviel essen kann, wie er möchte; es fehlt ihm die sättigende Wirkung der Fettmahrung. Endlich darf nicht vergessen werden, wie wichtig, ja unentbehrlich das Fett in der Küche für die Bereitung vieler Speisen ist.

Die fettreichen Nahrungsmittel der Friedenszeit sind sehr knapp geworden. Das war vorauszusehen, aber die Regierung hat zur Vorbeugung und Abhilfe nichts Durchgreifendes getan. Es fehlt uns der frühere Reichtum an Milch und Butter. Die Versuche, mehr davon zu bekommen, werden gewiß fortgesetzt werden, aber sehr viel wird nicht zu erreichen sein, da das Milchvieh an Zahl geringer geworden ist, auch weniger Milch liefert und die im Frieden aus dem Ausland in großen Massen eingeführte Butter fehlt. Fette von Schlachtvieh sind ebenfalls knapp geworden; die recht beträchtliche frühere Einfuhr von Schmalz, Talg, Oleomargarine ist vorbei. An Delfrüchten, deren Öle zur Margarinefabrikation und technischen Zwecken dienen, kamen in den letzten Friedensjahren etwa 1 1/2 Millionen Tonnen von Übersee mit 30-50 Proz. Oelgehalt nach Deutschland, dazu noch 50-60 000 Tonnen fertige Öle, — heute nichts mehr. Von sonstigen fettreichen Nahrungsmitteln sind Käse und Eier so gut wie verschwunden, Fische nicht nur für die Armeren unerschwinglich, Fleisch uns nur in geringen Mengen zugemessen. Die Vegetabilien, von denen wir uns heute hauptsächlich ernähren müssen, enthalten ganz wenig Fett.

Was noch irgendwie an Fetten verfügbar ist, sucht der Kriegsausbruch für pflanzliche und tierische Öle und Fette an sich zu bringen. Er hat die Hand gelegt auf Fette, Öle und Delfrüchte aller Art. Schlachthof- und Abfallereste, Innenfette, von Schlachtungen, Fettabfälle beim Fleischverkauf, Knochen (bei geordneter Müllabfuhr auch, soweit sie im Haushalte abfallen), Fette aus Fettsäuren, Leimleder usw., Seifen, Lade, Firnisse. Es sucht Fett aus Obstkernen zu gewinnen, färbt die technische Fettverwendung für Farben, Firnisse, kosmetische Mittel ein u. a. m. Nützlich sind Fette außer für die Ernährung ja auch für die Munitionsherstellung, da aus ihnen Glycerin gewonnen wird, für die Seifenfabrikation usw.

Soweit die Fetterschaffung in Frage kommt, führt der Vortragende aus: Die in den Handel gebrachten Fettstoffe waren Schwundel. Die Butterpulver, Salatölerfasse usw. waren gelb gefärbter Mehlkeiler und dergleichen, ohne jeden Wert, so daß die Herstellung und der Vertrieb solcher Stoffe mit Recht seit Ende Juni 1916 verboten ist. Mit Nutzen scheinen sich die bei der Glycerinergänzung aus Fett übrig bleibenden Fettäuren auch für Nahrungszwecke verwenden zu lassen. Was im übrigen als Ausgangsmaterial für Fettgewinnung alles vorgeschlagen worden ist, geht ins Unvorstellbare — es seien nur erwähnt Algen, Regenwürmer, Maikäfer. Jedenfalls muß versucht werden, so führte Professor Abel weiter aus, die verfügbare Fettmengen zu erhöhen. Dabei einen Umweg einzuschlagen und hauptsächlich tierische Fette zu erzeugen, wobei ja die Städte durch Haltung von Milchvieh und Mästung von Schweinen sich auch beteiligen können, empfiehlt sich weniger, weil durch die Fütterung der Tiere wieder viel andere Nährwerte verloren gehen. Richtiger ist es, die Erzeugung pflanzlicher Öle möglichst zu heben, um so mehr, als wir ein schon im Friedenszeiten bewährtes Verfahren besitzen, aus Ölen, die uns als Nahrungsmittel weniger gemocht sind, als fette Fette, so brennbar, butterähnliche, schmackhafte, gut verdauliche und bekömmliche Fette herzustellen (sogenannte gehärtete Öle).

Fürten wir ein seinen Aufgaben besser gewachsenen Kriegsernährungsamt, so wäre es schon im Jahre 1916 möglich gewesen, im großen Maßstab den Anbau von Delfrüchten herbeizuführen, indem den Landwirten je nach Größe, Beschaffenheit, klimatischen Bedingungen ihres Besitzes und Sachverständigkeit des Eigentümers unter Strafe aufgegeben worden wäre, einen bestimmten Teil ihrer Landfläche für Delfruchtanbau zu benutzen. Damit darf nicht gerechnet werden. Man muß vielmehr erwarten, daß man wieder den ganz unvernünftigen Weg einschlagen wird, durch Preiserhöhung der Delfrüchte deren freiwilligen Anbau zu erreichen, d. h. also wieder auf Kosten der Verbraucher zu wirtschaften.

Unter diesen Umständen empfiehlt Professor Abel den Städten, bei der Delfruchtplanung mitzuwirken. Hauptächlich sollen sich die gartenreichen Städte zur Anpflanzung von Sonnenblumen und Rohn, die in ihren Früchten 40 bis 50 Proz. Oel enthalten, bereiten finden. Auch auf Schulhöfen und Backgärten sollte der Anbau von Delspflanzen gefördert werden. Durch die Wahl von städtischen Kommissionen und Aufsicht in der Presse soll für diese Art der Fettgewinnung Propaganda gemacht werden.

Politische Rundschau.

Dänemark.

Geheimnis des Reichstags. Die beiden Häuser des Reichstags sind für nächsten Dienstag zu einer gemeinsamen Geheimnisung zusammenberufen worden. In der Geheimnisung, der in politischen Kreisen mit großem Interesse entgegengekehrt wird, wird der Minister des Äußeren Mitteilungen über die gegenwärtige internationale Lage, namentlich in handelspolitischer Beziehung machen.

Norwegen.

Die norwegische Thronrede. In der Thronrede, mit der der König den Storting eröffnete, wird auf die wachsenden Schwierigkeiten der Neutralen infolge des Krieges hingewiesen. Trotz des Strebens Norwegens nach strenger allseitiger Neutralität seien Meinungsverschiedenheiten mit dem Kriegführenden infolge abweichender Interessen nicht zu vermeiden gemeldet. Die Regierung habe sich bei der Behandlung dieser Angelegenheiten des Rates des Storthingspräsi-

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von S. M. Dostojewski.

67. Fortsetzung.

„Der Narr!“ dachte Rasolnikow bei sich.

„Da müßt Ihr Euch an die Politik wenden.“ antwortete Porphyrus noch immer mit demselben Gesichtsausdruck, „mit der Mitteilung, daß Ihr, benachrichtigt von jenem Vorfall, dem Morde nämlich, von Eurer Seite ersucht, den Kriminalbeamten, welchem die Angelegenheit anvertraut ist mitzuteilen, daß gewisse Gegenstände Euch gehören und Ihr dieselben zurückzufahren wünscht. Ihr müßt sie übrigens an Ort und Stelle auch beschreiben.“

„Ja, aber es handelt sich nun eben darum, daß ich in dieser Minute — Rasolnikow bemühte sich, soviel als möglich in Verwirrung zu geraten, nicht so sehr bei Rasse bin, und doch wegen dieser Geringfügigkeit nicht — jetzt, ich möchte jetzt eben nur sagen, daß die Sachen mein Eigentum sind, daß ich aber erst wenn ich Geld haben werde.“

„Lut nichts,“ antwortete Porphyrus Petrowitsch, die Erläuterung über die Finanzen sehr kühl entgegennehmend. „Ihr könnt Euch auch direkt, wenn Ihr wollt, an mich wenden; in ganz derselben Weise, daß Ihr benachrichtigt wäret und über die Gegenstände Aufschluß gebt.“

„Natürlich schreibt man dies auf ganz einfaches Papier?“ antwortete ihm Rasolnikow, dem es wiederum um die finanziellen Seite der Sache zu tun war.

„Gewiß, auf ganz billiges!“ antwortete Porphyrus Petrowitsch mit ziemlich bemerkbarem Sarkasmus auf jenen blöden, mit den Augen blinzeln und ihm zuwinkend. Doch schien es Rasolnikow nur so, weil das Blinzeln nach einem Augenblick wiederkehrte. Rasolnikow hätte darauf schwören mögen, daß er ihm zuwinkerte, der Teufel möchte wissen, weshalb.

„Er weiß,“ sagte er durch ihn hin, wie ein Blitzstrahl.

„Entschuldigen Sie, daß ich Sie mit diesen Kleinigkeiten belästigt hab,“ fuhr er nach einer Weile fort, ziemlich unglücklich geworden, „meine Gegenstände sind nur etwa fünf Rubel im ganzen wert, aber sie sind mir sehr teuer als Andenken an diejenigen, die sie mir gegeben. Ich gestehe, daß ich sehr ergröden bin, als ich vernahm.“

„Du gerietest auch gestern so in Aufregung, als ich Josimow sagte, daß Porphyrus nach den Pfandbesitzern forsche“, warf Rasolnikow mit offenkundiger Abköhlichkeit ein.

Das war schier unerträglich. Rasolnikow vermochte es nicht mehr zu ertragen, er schaute mit seinen schwarzen, zornfunkelnden Augen stichend auf den Sprecher; doch bald hatte er seine Selbstherrschung wieder.

„Du schienst dich über mich lustig machen zu wollen, mein Lieber?“ wandte er sich an Rasolnikow mit leicht hervorbrechendem Unwillen. Es ist ja möglich, daß ich mich allzuviel um die Kleinigkeiten sorge, in deinen Augen wenigstens, aber deswegen bin ich doch immer noch nicht als Egoist oder Geizhals zu betrachten und nach meiner Ansicht können diese beiden Gegenstände vielleicht durchaus nicht Kleinigkeiten sein! Ich sagte dir schon, daß jene silberne Uhr, die nur einige Großen Wert hat, das einzige ist, was mir nach meines Vaters Tode verblieb. Laß mich nur aus, aber meine Mutter ist hier angekommen“, wandte er sich an Porphyrus, „und wenn diese erfährt, sprach er jetzt, schneller, nach Rasolnikow hin, sich antrengend, seine Stimme erheben zu lassen, „daß die Uhr verfallen wäre, dann, das schwöre ich dir, wäre sie ein Opfer der Verzweiflung! Du kommst ja die Frauen!“

„Oder auch nicht! Oder doch wenigstens nicht in dieser Hinsicht; ich kenne sie ganz vom Gegenteil“, rief Rasolnikow erbittert.

„So gut? Natürlich? Und du übersteißt nicht?“ sprach Rasolnikow vor sich hin, „weshalb habe ich ausdrücklich gesagt, die Frauen?“

„Ihre Mutter ist angekommen?“ erkundigte sich Porphyrus Petrowitsch.

„Gewiß!“

„Wann denn?“

„Gestern abend!“

Porphyrus schwieg, als denke er nach.

„Ihre Pfänder konnten in keinem Falle verloren gehen,“ sagte er dann ruhig und gelassen; „ich erwartete Sie übrigens schon seit langem!“

Als ob es sich um nichts Besonderes handelte, stellte er Rasolnikow einen Nischenbecher hin, da dieser jedoch schonungslos mit seiner Zigarette den Leppich beschmutzt hatte. Rasolnikow erbeute, doch schien dies Porphyrus nicht zu bemerken, da er sich noch mit Rasolnikows Zigarette beschäftigte.

„Wie? Ermattet? Müdest du denn, daß der die Pfänder dort hatte?“ rief Rasolnikow aus.

Porphyrus Petrowitsch wandte sich zu Rasolnikow.

„Eure beiden Pfänder, der Ring und die Uhr lagen bei ihr, in ein Papier eingewickelt, und auf diesem Papier stand Euer Name mit Klippst deutlich geschrieben, ebenso wie das Datum, wenn die Ake die Gegenstände von Euch erhalten hatte.“

„Wie Sie scharfblickend sind,“ lächelte unbedacht Rasolnikow, sich bemügend, ihm offen ins Auge zu blicken; doch vermochte er dies nicht und fügte nun hinzu:

„Es ist mir gleichgültig, daß wahrscheinlich sehr viel Pfandbesitzer vorhanden sein würden; es müßte Euch gewiß schwer fallen, diese alle im Gedächtnis zu behalten, und doch seid Ihr im Gegenteil imstande, Euch aller zugleich zu entsinnen, und — und“

„Das war dumm, sehr schwach! Weshalb müßte ich dies bemerken!“ dachte er plötzlich.

„Es sind bis jetzt fast alle Pfandbesitzer bekannt, nur Ihr allein hattet noch nicht gerührt mich zu besuchen,“ antwortete Porphyrus mit leichtem verhehltem Spott.

„Ich war krank.“

„Davon habe ich gehört; ich vernahm auch, Ihr wäret völlig zerrüttet gewesen; noch heute seht Ihr doch sehr bleich aus?“

„Durchaus nicht bleich. Im Gegenteil, ich bin wohlhaft und ganz gesund!“ versetzte Rasolnikow kurz und rauh, plötzlich dem Ton verändernd. Die innere Wut kochte sich auf, und er vermochte sie nicht zu zügeln. „Aber im Zorn werde ich mich verhalten!“ klang es in ihm.

„Nun, weshalb markern sie mich!“ —

„Du bist noch nicht völlig genesen,“ behauptete Rasolnikow, er ist bis gestern fast kaum bei Besinnung gewesen. Glaube mir, Porphyrus, er vermag sich auch kaum auf den Füßen zu erhalten, und wir beide, Josimow und ich, hatten ihn kaum gestern sich selbst einmal überlassen, — da Medweie er sich an, daß ich heimlich davon und hat sich bis gegen Mitternacht vor weiß wo herumgetrieben und zwar im vollständigsten Fieber sage ich dir; helfe dir dies nur vor! Es ist ein wirklich interessanter Fall!“

„In der Tat im vollständigsten Fieber?“ fragte nach Art alten Weiber den Kopf schüttelnd, Porphyrus.

„Anstun! Glaube ihm nicht! Ihr würdet ihm übrigens wohl auch sonst nicht glauben!“ entrag es sich Rasolnikow in seiner Wut. Doch Porphyrus Petrowitsch schien diese kessamen Worte gar nicht zu vernehmen.

„Aber wie hättest du uns davonlaufen können, wärest du nicht im Fieberwahn gewesen?“ erjerte Rasolnikow. „Weshalb gingst du fort? Zu welchem Zweck? Und warum namentlich vorpostenweise? Konnte da ein gesunder Verstand in dir sein? Jetzt, nachdem alle Gefahr vorüber ist, darf ich dir dies rückhaltlos sagen!“

„Sie hatten mich den ganzen Tag hindurch gefoltert,“ wandte sich Rasolnikow an Porphyrus, mit einem überlegenen, herausfordernden Lächeln, „und ich ließ davon, um mir ein neues Quartier zu mieten, damit sie mich nicht mehr ausfindig machen könnten; ich hatte auch eine ganze Summe Geldes mit mir genommen! Der Herr Jametow dort hat das Geld gesehen. Nicht wahr Herr Jametow, ich war gestern völlig bei Besinnung, oder etwa doch im Fieberwahn? Entschadet doch den Streit!“

Er hätte Jametow am liebsten logisch erwürgen können. Der Blick desselben und sein Schweigen wollten ihm gar nicht gefallen.

